

Statement von Roland Graßhoff zum Pressegespräch am 14. Juli 2015 in Mainz

Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren! Erwartungen an die Parteien im rheinland-pfälzischen Wahlkampf

Ich freue mich und bewerte es als ein klares Zeichen für die herausragende Bedeutung des Themas, dass sich unter dem Dach dieser gemeinsamen Erklärung nicht nur Asyl- und Flüchtlingsinitiativen zusammengefunden haben, sondern auch viele Einrichtungen der Zivilgesellschaft, bei denen das Handlungsfeld „Flucht und Migration“ nicht originär im Mittelpunkt des Interesses steht. Es macht deutlich, dass wir es dabei mit einem Zukunftsthema zu tun haben, das allseits Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit verdient hat und benötigt.

Ich spreche heute nicht nur für den Initiativausschuss für Migrationspolitik, sondern zugleich auch für die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) und den AK Asyl Rheinland-Pfalz.

Drei Themen sind für uns im Zusammenhang mit der Erklärung besonders wichtig:

1. Wir beobachten mit Sorge, dass in der Flüchtlingsdebatte in Rheinland-Pfalz von politischer Seite zunehmend eine Trennlinie zwischen Asylsuchenden mit und ohne Bleibeperspektive geführt wird und mit dieser Perspektive ganz konkrete Integrationschancen und -ansprüche verbunden werden sollen. Wir halten das für hoch problematisch. Denn die Trennlinie wird holzschnittartig und ohne Berücksichtigung des Einzelfalls entlang der Herkunftsstaaten von Asylsuchenden gezogen. Dies wird aber z.B. dem Diskriminierungs- und Verfolgungsschicksal asylsuchender Roma-Minderheiten aus den Staaten des Balkans nicht gerecht. Flüchtlinge haben einen Anspruch auf die gewissenhafte Überprüfung ihrer individuellen Fluchtgründe. Die grundsätzliche Unterstellung, aus einem „sicheren Herkunftsland“ geflohen zu sein, stellt das in Frage und ist deshalb abzulehnen.
2. Die grundsätzlich gegebene gesellschaftliche Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz ist nach unserer Einschätzung fragiler als es scheint. Das zeigen nicht nur die bislang unaufgeklärten Umstände des Brandanschlags auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Limburgerhof, sondern auch der sich mancherorts formierende Widerstand gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in der Kommune.

In dieser fragilen Situation ist es nach unserer Überzeugung eine Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, populistische Debatten zu unterlassen. Die Infragestellung des von UNHCR und anderen internationalen Organisationen geforderten und im Lande Rheinland-Pfalz schon seit einem Jahrzehnt beherzigten Prinzips des Vorrangs der freiwilligen Rückkehr vor der Abschiebung war aus unserer Sicht der Versuch, eine solch populistische Debatte auf dem Rücken schutzsuchender Personen loszutreten.

3. Wir wehren und wenden uns gegen Versuche, gesellschaftliche Minderheiten besonders im Wahlkampf, aber auch im Vorfeld des Wahlkampfes auf verbreitete Stereotype und Vorurteile zu reduzieren, die gesellschaftliche Ressentiments fördern. Wer z.B. die Vielfalt muslimischen Lebens in Rheinland-Pfalz auf die verschwindend geringe Zahl von Burka-Trägerinnen oder auf gewaltbereite Anhänger des Salafismus reduziert, trägt gewollt oder ungewollt zur gesellschaftlichen Ausgrenzung und Diskriminierung der Gesamtheit der Muslime in Rheinland-Pfalz bei. Das können und werden werden wir im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, der Menschenrechte und unserer Grundwerte nicht ohne Widerspruch hinnehmen.